

# SECHS THESEN FÜR DIE POLITISCHE JUGENDBILDUNG IN DER MIGRATIONSGESELLSCHAFT

Die Fluchtmigration der vergangenen Jahre hat eine verstärkte Auseinandersetzung und neue Konzepte im Feld der politischen Jugendbildung hinsichtlich Diversität, Teilhabe und der Menschenrechte angestoßen und teilweise institutionalisiert. Staatliche und nicht-staatliche Organisationen nutzen die Aktualität des Themas, um ihre Angebote und Strukturen den Anforderungen der auch zuvor schon existierenden pluralen Migrationsgesellschaft in höherem Maße gerecht zu werden. Die bundeszentralen Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung haben dazu das Projekt „Empowered by Democracy“ aufgelegt, das sich schwerpunktmäßig an junge Geflüchtete richtet. Die folgenden Thesen markieren sechs wichtige Erkenntnisse und Themenbereiche aus zwei Jahren Projektarbeit, die in der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung diskutiert wurden und werden. Sie verstehen sich als Beitrag zu einem Fachdiskurs der politischen Bildung, der Migrant\*innen als handelnde Subjekte in den Mittelpunkt stellt.

## Politische Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft ...

**1. ... kann einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe von zugewanderten Jugendlichen leisten, indem sie politische Partizipationsmöglichkeiten aufzeigt und Wissen über Grund- und Menschenrechte vermittelt.**

Wenn die Integration junger Migrant\*innen in Schule, Ausbildung oder Arbeitsmarkt gelingt, ist diese nicht automatisch mit Wissen über und Zugang zu politischer Teilhabe verbunden. Ein zentrales Ziel politischer Jugendbildung ist es, potenziell alle jungen Menschen zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zu befähigen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Milieu und individuellen Kompetenzen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist ein Wissen über die Grund- und Menschenrechte sowie das politische System in Deutschland. Politische Bildung vermittelt dieses Wissen in vielfältigen erprobten Formaten und mit innovativen Methoden. Sie ermöglicht zudem Kenntnisse über und Zugänge zu Partizipationsmöglichkeiten, die auch ohne Wahlrecht genutzt werden können: ehrenamtliches Engagement, Selbstorganisation, die Teilnahme an Demonstrationen oder das Mitwirken in Integrations- respektive Ausländerbeiräten, um nur einige zu nennen. Politische Bildung unterstützt somit „Acts of Citizenship“<sup>1</sup> auch

derjenigen, denen eine formale Staatsbürgerschaft verweigert wird. Als Betroffene politischer Entscheidungen in Deutschland erhalten sie in Formaten der politischen Jugendbildung Orientierungswissen für das Einfordern ihrer Rechte in der demokratischen Zivilgesellschaft. Omar Al-Masri, Teamer in der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar, formuliert es so: „Politische Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft bedeutet für mich, eine bessere Welt zu erschaffen, Jugendliche zu ermächtigen und sie über Ihre Rechte und Möglichkeiten aufzuklären.“

**2. ... muss Menschenrechtsverstöße kritisch reflektieren und eine konstruktive Streitkultur fördern, um glaubwürdig für Menschenrechte und Demokratie eintreten zu können.**

Die schulische und außerschulische politische Bildung ist keineswegs neutral, sie ist in der Bundesrepublik Deutschland der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet. Dies spiegelt sich etwa im „Beutelsbacher Konsens“<sup>2</sup> und in allen Schulgesetzen wider. Nicht nur in Bezug auf den Themenkomplex „Flucht und Migration“ agiert sie dabei jedoch oftmals vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Widersprüche und hart geführter Kontroversen. Dies in Bildungsprozessen zu reflektieren



und gegebenenfalls auch unterrepräsentierte Positionen aktiv sichtbar zu machen, ist Aufgabe politische Bildner\*innen in der Migrationsgesellschaft. Sie fördern damit eine demokratische Streitkultur, die konstruktive Kontroversen als erstrebenswerte Lern- und Partizipationsgelegenheiten begreift.<sup>3</sup> In Zeiten von Shitstorms und Hasskommentaren erscheint dies als eine besonders dringende Aufgabe. Allerdings muss sie dabei unterschiedliche Voraussetzungen der Sprecher\*innen kritisch in den Blick nehmen. Geeignet ist hier ein herrschaftskritischer Ansatz, der die Schattenseiten der real existierenden Demokratien und Menschenrechtslagen aufnimmt und Möglichkeiten der Gesellschaftsveränderung aufzeigt. Der Blick von Minderheiten kann der politischen Bildung dabei den Weg weisen: Beispielsweise erfahren geflüchtete Jugendliche die Einschränkung ihrer Menschenrechte durch demokratisch verfasste Staaten am eigenen Leib, in der eigenen Familie und ihrem alltäglichen Lebensumfeld. Zu nennen sind hier unter anderem die sogenannte Residenzpflicht, die Einschränkung des Familiennachzugs oder die (drohende) Abschiebung in als „sicher“ eingestufte Staaten, in denen sie um ihre Gesundheit fürchten müssen. Zudem nehmen viele von ihnen wahr, wie westliche Demokratien zwar Menschenrechte propagieren, aber zugleich mit diktatorischen

Regimen zusammenarbeiten und zulassen, dass jedes Jahr tausende Menschen auf der Flucht nach Europa umkommen.<sup>4</sup> Dies stellt politische Bildner\*innen vor die Herausforderung, den Wert liberal-demokratischer Gesellschaftsformationen in der Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen dennoch überzeugend zu begründen.

**3. ... muss die Perspektiven Zugewandeter auf- und einnehmen, wenn sie ihrem Anspruch gerecht werden will, die demokratischen Teilhabechancen aller Jugendlichen zu befördern.**

„Empowered by Democracy“ möchte junge Zugewanderte für die politische Bildung interessieren und sie mit anderen Jugendlichen ins Gespräch bringen über die Frage: „Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?“. Es reicht nicht, wenn die Mehrheitsgesellschaft diese Frage unter sich aushandelt – auch Migrant\*innen und ihre Nachkommen müssen in den Debatten zu Wort kommen „als handlungs- und interpretationsfähige Subjekte“.<sup>5</sup> Ihre Perspektiven, Hoffnungen und Zukunftsvisionen können dazu beitragen, „blinde Flecken“ in Diskursen und Verkrustungen in Strukturen aufzudecken und zu verändern. Dieser Anspruch bedeutet für die politische Jugendbildung unter anderem, dass die Rolle von Migrant\*innen in

Bildungsmaßnahmen über eine bloße Teilnahme hinausgehen muss. Im Projekt wurden Möglichkeiten geschaffen, dass sie als Multiplikator\*innen politische Jugendbildung und damit Gesellschaft selbst gestalten können. Gemeinsam mit nicht zugewanderten jungen Menschen erlernen sie das Handwerkszeug politischer Jugendbildung und erfahren Unterstützung bei der Umsetzung eigener Projekte. Alle Beteiligten treten damit in einen Veränderungs- und Entwicklungsprozess ein. Indem die Erfahrungen und Ansichten junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichten und sie selber Bestandteile der politischen Bildung werden, verändert sie sich. Entscheidend ist dafür die Bereitschaft etablierter Träger politischer Jugendbildung, Ressourcen zu teilen und Macht abzugeben – also ein „Powersharing“ anzustreben. Neben dem Einsatz von Multiplikator\*innen mit Migrationshintergrund müssen sie dazu auf neue Partner\*innen zugehen und neue Netzwerke knüpfen. Kooperationen mit Einrichtungen der Flüchtlingshilfe und Migrant\*innenorganisationen versprechen nicht nur neue Zugänge zu den Angeboten politischer Jugendbildung, sie ermöglichen konzeptionelle Innovationen, die Perspektiven von Zugewanderten von Anfang an einbeziehen.

#### 4. ... braucht geschützte pädagogische Räume, um in Begegnungen ein respektvolles Miteinander zu entwickeln.

In Debatten über das gesellschaftliche Zusammenleben sollten möglichst alle Bevölkerungsgruppen einbezogen werden. Bei jungen Geflüchteten gelingt dies nicht immer: Aufgrund von Sprachbarrieren und Diskriminierungen leiden viele von ihnen unter Ausgrenzungserfahrungen und wünschen sich oft mehr Kontakt mit herkunftsdeutschen Jugendlichen. Besonders die geschützten pädagogischen Räume der außerschulischen politischen Jugendbildung sind geeignet, sich gegenseitig kennenzulernen und Fragen von Teilhabe und Zugehörigkeit offen und ohne Angst vor Nachteilen zu verhandeln. Besonders in Regionen, die nur wenig von Migration geprägt sind, bieten Seminare der politischen Jugendbildung durch die gezielte Herstellung heterogener Gruppensettings Begegnungsmöglichkeiten, die im Alltag nur selten möglich sind. In den Worten des jungen „Empowered by Democracy“-Multiplikators Qassim Alhumayyer: „Ich habe an Seminaren der politischen Bildung teilgenommen, weil ich die geschützten Freiräume in den Seminaren sehr wichtig finde.

Da kann man mit Anderen über die Zukunft reden und diskutieren, Wissen und Politik werden mit viel Kreativität vermittelt und es wird ein Austausch mit Menschen mit anderen Hintergründen ermöglicht. Politische Bildung stellt für mich ein Weg dar, mich als Teil der Gesellschaft zu fühlen und politisch teilzunehmen.“ In der Begegnung können Diskriminierungserfahrungen thematisiert und Privilegien reflektiert werden. Das Aufeinandertreffen verschiedener Werthaltungen und politischer Ideen – deren Pluralität ein grundsätzliches Merkmal moderner Gesellschaften ist – bietet Gelegenheiten, gemeinsame Vorstellungen eines respektvollen Miteinanders zu entwickeln: Vorstellungen einer Zukunft, die mehr verspricht als die bloße Weiterführung der Gegenwart.

#### 5. ... braucht mehr Zeit und ein handlungsorientiertes Bildungsverständnis, um demokratische Teilhabe wirkungsvoll unterstützen zu können.

Nimmt man demokratische Teilhabe in der Migrationsgesellschaft als wichtiges Ziel politischer Bildung ernst, geraten Perspektiven solidarischen Handelns auch von Jugendlichen in den Blick. Politische Jugendbildung sollte gemeinsames politisches Handeln von jungen Menschen mit und ohne Migrations-

erfahrung stärker unterstützen und reflexiv begleiten. Dazu können etwa politische Aktionsformen gemeinsam diskutiert und beurteilt und politische Akteure in den Bildungsprozess eingebunden werden. Die inhaltliche Vorbereitung und Auswertung von politischen Aktivitäten ermöglichen Qualitätsgewinne demokratischer Teilhabe von Jugendlichen. Um dabei möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Milieus erreichen zu können, müssen jedoch bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein: So ist etwa für die Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten eine zeit- und ressourcenaufwendige Beziehungsarbeit nötig, wie sie eher aus sozialpädagogischen Kontexten geläufig ist. Dabei spielen Menschen und Organisationen eine wichtige Rolle, die „Brücken“ zu migrantischen Communitys bauen und aufrechterhalten können. Auch die Begleitung politischen Handelns, klassischerweise in Jugendverbänden oder Beteiligungsprojekten verortet, ist deutlich zeitaufwendiger und erfordert mitunter ein anderes Professionsverständnis als die Umsetzung einmaliger seminaristischer Angebote. Politische Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft braucht also mehr handlungsorientierte Langzeitangebote, die klassische professionelle Versäulungen aufbrechen.

**6. ... erfordert lernfähige, diversitätsbewusste Organisationen, die sich neuen Partnern öffnen und ihre Prozesse und Strukturen regelmäßig überprüfen.**

Ein Sprichwort besagt, dass es ein ganzes Dorf braucht, um ein Kind groß zu ziehen. Daran angelehnt könnte man sagen, dass es mehrerer verschiedener Organisationen bedarf, um junge Menschen zu unterstützen, an der Gesellschaft teilzuhaben und zu mündigen Bürger\*innen zu werden. Einrichtungen der außerschulischen politischen Jugendbildung, weitere Akteure der Jugendhilfe und Selbstorganisationen können gemeinsam Inklusions- und Partizipationsprozesse junger Menschen begleiten. In der pluralen Migrationsgesellschaft müssen Organisationen bereit sein, sich für die Kooperation mit diversen Partner\*innen zu öffnen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist, Reflexionsräume für Bildungspraktiker\*innen zu schaffen, die Austausch und Vernetzung ermöglichen. Ein erprobtes Format ist der im Projekt „Empowered by Democracy“ entwickelte „Matchmaking Day“. Hier werden politische Bildner\*innen und Vertreter\*innen von Migranten\*innenselbstorganisationen eingeladen, um gemeinsam Seminare und Bildungsprojekte für junge Menschen mit Flucht- oder anderen Migrationshintergründen zu konzipieren und umzusetzen.

Das Format hat gezeigt, dass durch den Austausch von Experten\*innenwissen und die gemeinsame Arbeit ein Lernprozess in Gang gesetzt werden kann, von dem nicht nur Teilnehmende der Angebote profitieren, sondern auch die beteiligten Organisationen. Werden diese Lernprozesse positiv wahrgenommen, bestehen gute Aussichten, das Diversitätsbewusstsein innerhalb der beteiligten Organisationen zu befördern. Zielperspektive muss es sein, Zugangsbarrieren nicht nur bei den Angeboten politischer Jugendbildung, sondern in allen Strukturen, Prozessen und Handlungsfeldern der Organisationen nachhaltig abzubauen. Dazu gehört es auch, gewohnte Abläufe zu überprüfen und Diversitätsaspekte in Bezug auf Kommunikation, Habitus und Teamstrukturen verstärkt zu berücksichtigen.

1. Isin, Engin (2008): Theorizing acts of citizenship. In: Isin, Engin; Nielsen, Greg (Hrsg.): Acts of Citizenship. London, S. 15–43.
2. Vgl. Wehling, Hans-Georg (1977): Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Schiele, Siegfried; Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung. Stuttgart, S. 173–184, hier S. 179 f.
3. Vgl. El-Mafaalani, Aladin (2018): Das Integrationsparadox: Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln.
4. Vgl. Pro Asyl (2018): Die hingenommenen Toten: Jedes Jahr sterben Tausende auf der Flucht. Online: <https://www.proasyl.de/news/die-hingenommenen-toten-jedes-jahr-sterben-tausende-auf-der-flucht>. Zugriff: 20.3.2019.
5. Gardi, Nissar; Lingen-Ali, Ulrike; Mecheril, Paul (2016): Politische Bildung unter Bedingungen von Flucht und globaler Ungleichheit. In: Journal für politische Bildung, Nr.2/2016, S. 8–18, hier S. 14.

*Die Thesen dokumentieren Erkenntnisse der Projektgruppe „Empowered by Democracy“ in der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.*

*Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.): UTOPIEN! Praxiskonzepte für eine kritische, innovative und zukunftsfähige politische Jugendbildung. Jahrbuch 2019. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 78-81.*

[www.politische-jugendbildung-et.de](http://www.politische-jugendbildung-et.de)

